Die Pflege-Regression, ***Trend***, 13. Juli 2017

TREND WIRTSCHAFT ÖSTERREICH WAHL 2017

Die Pflege-

Die Abschaffung des PFLEGEREGRESSES war ein allzu verlockendes Vorwahlzuckerl. Husch-Pfusch, ohne Konzept und solide Finanzierung ist sie populistischer Holler. Mit Potenzial zum Fiasko: Kostenexplosion, Mangelwirtschaft, beschämende Anreize zu Missbrauch und Sozialakrobatik.

Mit Wolf Haas könnte man sagen „Jetzt ist schon wieder was passiert": Die Abschaffung des Pflegeregresses. Am 29.6.2017 war es soweit: eine langjährige rote und blaue „Herzensangelegenheit", Kern-Forderung im modernistischen Plan-A und der national-„sozialen Heimatpartei", konnte innerhalb weniger Tage und nach einer Wende der Kurz-VP weitgehend kampflos – ohne Gesamtkonzept oder wirksame Gegenfinanzierung – im Parlament beschlossen werden.

Nachdem auch der hip-türkis-konservative Regierungspartner sich flugs seiner Lueger'schen Herkunft eines „Christian Socialism" besonnen hatte, war der Weg frei und über Nacht fast alle einmütiger Meinung: der Pflegeregress muss weg!

Eine heilige Allparteien-Allianz, wie wir sie von Arbeitsflexibilisierung bis Steuer- und Pensionsreform bräuchten, aber nie kriegen, war plötzlich da: Kern & Kurz & Opposition von Strache bis grün, ganz lässig für die Abschaffung. Nur die zuständigen Länderfürsten vergassen realitätstüchtig nicht auf das ihnen Wichtigste, nämlich: „Her mit der Marie".

„Wer anschafft, zahlt", sagt der Vorarlberger Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, sein oberösterreichischer Kollege ergänzt: „Aus welcher Quelle auch immer". Laut Berechnungen des Fiskalrates könne sich das bis zum siebenfachen der derzeit angebotenen 100 Millionen auswachsen. Doch Zahltag ist erst nach dem Wahltag, um jetzt den jeweiligen Favoriten nicht zu behindern.

Weg mit dem Regress klang ja auch in ein paar immer gleichen Stehsätzen total einfach, einleuchtend, gerecht und verlockend populär: Chronische Pflegebedürftigkeit sei wie Krankheit, unverschuldetes Leid. „Es kann jedem passieren, pflegebedürftig zu werden, deswegen muss die Finanzierung solidarisch abgedeckt werden", so Sebastian Kurz.

Pflege dürfe „keine Frage der Geldtasche" sein und nicht „das Ersparte verschlingen", so Sozialminister Alois Stöger. Unisono deklamierten alle: Die „drohende Enteignung im Pflegefall" sei abzu-

VON BERND MARIN

Regression

wehren. Der Regress sei eine „hundertprozentige Erbschaftssteuer" nur für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie Erben.

Das ist kaum halb wahr: Denn ein „Angehörigenregress" für erwachsene Kinder ist seit 2014 flächendeckend und ein „Ehegattenregress" in drei Bundesländern völlig abgeschafft und in anderen stark eingeschränkt. In Wien etwa besteht er für Ehegatten und Lebenspartner nur noch bei zivilrechtlichen Unterhaltsansprüchen und ohne Zugriff auf das Vermögen. Es geht also ausschließlich um das Vermögen pflegebedürftiger Erblasser selbst und das ihrer pflegenden oder auch gar nicht pflegewilligen Erben – und nicht das der Familien und pflegenden Angehörigen.

Umso peinlicher das Schmalz und der Sozialkitsch um dieses Recht auf ungeschmälertes Erben & Vererben. Die „Lotterie" des Lebens und Sterbens mit oder ohne Gebrechlichkeit müsse sofort gestoppt werden. Gleichsam: Wir Politiker machen wieder gut, was der liebe Gott oder unser Schicksal nicht richtig hingekriegt hat – eine gerechte Welt.

DES VOLKES STIMME. Hatte sich der 2004 populäre Karl-Heinz Grasser mit „ein Herz für sozial Schwache, Kinder und Familien" berühmt („welche sozialistische Bundesregierung hätte das je zustande gebracht?"), so wurde 2017 der – allerdings nur der besitzende – „Mittelstand" als Zielgruppe entdeckt, also gleichsam ein Herz für (klein-)bürgerliche Erblasser und Erben. Ihr Recht auf ein wohlverdientes, garantiert pflegefallsicheres, durch Gebrechlichkeit und Pflegebedürftigkeit der Elterngeneration gänzlich ungeschmälertes – und natürlich bis zumindest einer Million Euro oder darüber hinaus völlig steuerfreies – Erbe hat sich als gemeinsamer Nenner der Parteien politisch herausgemendelt.

Man gratuliert sich und einander zu diesem mittelstandsgemäßen Erfolg. So hatte man sich das Finale des sozialdemokratischen Jahrhunderts, die Verbürgerlichung des Proletariats und einen demokratischen Wohlfahrts- oder „Volkskapitalismus" à la Maggie Thatcher wohl schon immer vorzustellen gehabt. Doch wer wird diese weitere Umverteilung von unten nach oben alimentieren?

Solange eine gute Hälfte an weitgehend besitzloser Bevölkerung, lange ansässig oder neu zugewandert, so gut wie nix an Vermögen zu verschenken und nix zu vererben, dafür aber viel an Sozialabgaben und Konsumsteuern zu berappen hat, wird diese verkehrte Umverteilung zuverlässig funktionieren.

Der nun durch eine Art Erbenversicherung statt Pflegeversicherung geschützte und um ein paar hundert Millionen wohlhabendere Mittelstand kann dann aus regress-sicher ererbtem Eigenheim auf die Mehrheit sozialer Schwächlinge herabschauen, denen er so smart die Kosten der Vergesellschaftung der Pflege seiner Erblasserangehörigen umgehängt hat. Die Abschaffung des Pflegeregress ist also gar nicht so kopflos, wie sie auf den ersten Blick scheint. Und herzlos nur gegenüber der vermögenslosen Bevölkerungsmehrheit, die gar keine schutzwürdigen Immobilien oder Ersparnisse zu vererben hat.

DIE STILLE REVOLUTION. Diese weitreichende stille Revolution ging fast staatsstreichartig rasch über die medialen Bühnen: Pflegewohnhaus Döbling (Kern), Franziskus-Spital in Wien-Landstraße (Kurz) und das Parlament als Orte der Inszenierung. Atemberaubend das Tempo: am 27.6. rechtfertigt der Kanzler die fehlende Finanzierung mangels politischer Mehrheit, während der Außenminister ein „Aus nur mit Gegenfinanzierung" ausruft.

Doch am 29.6. wird das Aus dennoch beschlossen, mit „Gegenfinanzierung" aus Fotopflicht auf der E-Card gegen Sozialbetrug und sonstigen Jahrhundertreformversprechen wie effizienterer Medikamentenkauf und Zuzugsstop. Die Onlineplattform "meinbezirk.at" meldet: „Sebastian Kurz hat sich durchgesetzt: Pflegeregress wird abgeschafft."

Ab 1.7. erscheinen Inserate der Kurz-VP mit folgendem Text: „Pflegeregress abgeschafft. Erspartes gesichert. Der Pflegeregress und damit die drohende Enteignung im Pflegefall sind Vergangenheit. (...) Ein wichtiger Schritt: für ein Altern in Würde. Ohne Angst um das eigene Ersparte. Und finanziert mit einem vernünftigen Konzept: ganz ohne neue Steuern."

Nur dem Präsidenten der Caritas, dem OeNB-Gouverneur, den Chefs des Fiskalrates, WIFO, IHS, Agenda Austria, NEOS, dem Herrn Bundespräsidenten und ein paar anderen Vor- und Nachdenkern war der plötzliche politische ►

FOTOS:

DER AUTOR

BERND MARIN, 69, ist Österreichs renommiertester Sozialforscher. Er ist Gründer des Europäischen Bureau für Politikberatung und Sozialforschung in Wien. Er war Rektor des Webster-University in Wien und zuletzt Gastprofessor an der New Yorker Columbia University. Für die Bertelsmann Stifung hat er gerade eine „Soziale Inklusions-Bilanz" vorgelegt.

► pensée unique und die Wahlzuckerlorgie unheimlich genug, um vor Hüftschüssen zu warnen. Zu spät.

33 HAKEN AN DER ABSCHAFFUNG.

Man muss kein brillianter Jurist und Intellektueller wie Alfred Noll sein, um „33 Haken" am „verlockend klingenden Konzept" der Abschaffung des Pflegeregress zu finden. Nolls Analyse: „Erstens: Wer zu Lebzeiten (steuerfrei) verschenkt, hat nichts mehr, seine Pflege wird von der Allgemeinheit bezahlt – ungerecht. Zweitens: die Pflege von der Allgemeinheit bezahlen zu lassen bedeutet, dass die SPÖ verschämt ein ‚Recht auf Erbschaft' propagiert. Die, die haben, sollen's vererben dürfen – die frühen Sozialdemokraten drehen sich in der Gruft. Drittens: Jede andere Lösung (Pflegepflichtversicherung etwa) wird damit auf Dauer verhindert."

Einfache Poster sehen das ebenso, vor allem die neue Ungerechtigkeit: „Die SPÖ freut sich, weil die Supermarktkassierin jetzt dem Großgrundbesitzer die Pflege finanzieren darf." Und: „Natürlich ist es ungerecht, jetzt darf ich mit meinen Steuern die Pflege von Vermögenden und Hausbesitzern zahlen, damit deren Nachfahren ein ungeschmälertes und steuerreies Erbe lukrieren können."

Auch die beschämenden Anreize zu unmenschlichem Opportunismus und Sozialmissbrauch werden illusionslos erkannt: „Der Effekt: Mehr Alte werden ins Pflegeheim abgeschoben. Bisher war die Situation so: Die Oma lebt im Eigenheim und wird pflegebedürftig. Nun gilt es zu entscheiden, ob man sie selbst pflegt und das Haus behält, oder sie pflegen lässt und das Haus verliert."

Ein anderer Poster meint zutreffend: „Oft haben sich die Leute auch aus finanziellen Gründen dazu entschieden, die Angehörigen selbst zu pflegen, vielleicht sogar den Job dafür aufzugeben, damit sie nachher ein Haus haben, in das sie einziehen können. Ab jetzt ist es finanziell sinnvoller, die Eltern ins Pflegeheim zu stecken. Ein großer Anreiz, selbst zu pflegen geht verloren."

Das wird auch die Anstaltspflege gegenüber der allgemein bevorzugten 24-Stunden-Heimpflege, für die nach Abzug von Pflegegeld und öffentlicher Förderung noch bis zu 1.500 Euro aus Eigenmitteln aufzubringen sind, attraktivieren – also eine Maximierung privater Erbvorteile zu Lasten der Allgemeinheit.

Eine Tiroler Familie will die 90.000 Euro Regress, die das Land jüngst einkassiert hat, zurück, weil sie sich gegenüber den rund 40.000 ab 1. Jänner 2018 „bevorzugten" Familien pflegefallsicheren Erbens diskriminiert fühlt. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis findige Anwälte oder populistische Politiker eine „Wiedergutmachung für die bisher zu Unrecht regressgeschädigten Erben" einfordern werden. Man mag sich dann wechselseitig politisch hochlizitieren, wie viele Jahre zurück gegen den angeblichen „Unrechts-Regress" des Steuerstaates regressiert werden darf.

„Die Abschaffung des Pflegeregresses bedeutet Erbenversicherung statt Pflegesicherung."

KURZ & KERN: **Parallelen zur berühmten Parlamentsnacht im September 2008, als 30 Milliarden für Wahlzuckerln verpulvert wurden?**

DAS DÉJA VU.

Natürlich haben wir eine solche folie à tous schon einmal gesehen, nämlich am 24. 9. 2008 kurz vor der damaligen Nationalratswahl: allein für Frühpensionisten und Senioren wurden eine verlängerte Hacklerregelung, vorgezogene Pensionserhöhung und zusätzliche Einmalzahlung, halbe Mehrwertsteuer auf Medikamente, Heizkostenzuschuss für Senioren und eine erstmalige Pflegegelderhöhung beschlossen. Und obschon nach der Wahl fast alles wieder rückgängig gemacht wurde – von verschärften Zugangsbedingungen zum Pflegegeld bis zu gesetzwidrigen Pensionsrunden unter der Inflationsrate 2013 und 2014 – waren die Kosten mit 4,3 Milliarden jährlich und 30 Milliarden seither insgesamt, weit jenseits der seinerzeit strittigen 1,7 oder drei Milliarden Euro.

Das wird bei der Abschaffung des Pflegeregresses finanziell zumindest ebenso und sozial noch viel kritischer sein.

Denn nicht nur die Gegenfinanzierung für die Mehrkosten der Länder ist offen. Der Salzburger Sozialandesrat erwartet wie in Kärnten und der Steiermark einen „Ansturm auf die Seniorenwohnheime", für den derzeit weder ausreichend Personal noch Heimplätze verfügbar sind.

Absehbar sind daher verschärfte bürokratische Zutrittsschranken zu Altersheimen und Rationierungen mobiler Dienste, wie sie für schlecht geplante Mangelwirtschaft typisch sind und heute schon existieren.

Seit Jahren sind Seniorenwohnheime stillschweigend zu Vor-Hospiz-Pflegestationen mutiert, deren Einwohner mit Ende 80 immer älter und deren Verweildauer immer kürzer werden und die nur noch ab Pflegestufe 3 oder 4 überhaupt zugänglich sind. Viele Pflegebedürftige werden die immer längeren Wartezeiten und erhöhten Gebrechlichkeitserfordernisse für ein Pflegebett einfach nicht mehr erleben.

Die Bundesländer schreiben für soziale Dienste maximale Stundenkontingente vor. So wurden in Wien höchstens sechs Stunden täglich bewilligt, Nicht-Schwerst-pflegefällen entsprechend weniger. Wer mehr Stunden braucht, bekommt Betreuung kaum genehmigt – und muss den Rest selbst bezahlen. Wer kein Pflegegeld bezieht, etwa weil sie sich nicht ausreichend hilflos oder pflegebedürftig fühlt, kriegt überhaupt keinen sozialen Dienst bewilligt – selbst wenn sie der Allgemeinheit Kosten erspart und sogar bereit ist, selbst zu zahlen.

Haben wir jetzt also „Pflegenotstand" – oder „das beste Pflegesystem weltweit"? T

FOTOS: